

Schottland hat gewählt

Neugestaltung Großbritanniens zu erwarten

Hubert Thielicke

Schottland, Referendum, Großbritannien

Schottlands Referendum endete zwar mit einer Niederlage der Yes-Kampagne, wird aber trotzdem nicht ohne weitreichende Folgen bleiben. Die Unabhängigkeitsbefürworter werden nicht nachlassen. Möglich ist nun eine Umgestaltung des Vereinigten Königreiches in Richtung Föderalisierung. Die Separatismusbewegung in Europa wird sich dennoch fortsetzen.

Nicht umsonst forderte die von Alex Salmond geführte schottische Autonomieregierung in den Verhandlungen mit Westminster, 2014 als Jahr des Unabhängigkeitsreferendums festzulegen. Vor 700 Jahren, im Juni 1314, hatten die Schotten, geführt von König Robert the Bruce, bei Bannockburn ein zahlenmäßig weit überlegenes englisches Heer vernichtend geschlagen. Die Kämpfe zogen sich noch mehrere Jahre hin, bis schließlich 1328 mit dem Friedensvertrag von Edinburgh und Northampton der Erste Schottische Unabhängigkeitskrieg beendet wurde. Bannockburn ist damit für die Schotten das Fanal ihrer Unabhängigkeit vom südlichen Nachbarn, für die Engländer jedoch die größte Niederlage in den jahrhundertelangen Auseinandersetzungen mit Schottland.

Am 18. September haben die Schotten gewählt. Nach der Einigung zwischen London und Edinburgh 2012 über die Abhaltung des Referendums lag die Unabhängigkeitskampagne zunächst in Umfragen weit hinter den Befürwortern des Vereinigten Königreiches. Wenige Wochen vor dem entscheidenden Tag legte aber die Koalition aus Schottischer Nationalpartei (SNP), Schottischen Grünen, Schottischer Sozialistischer Partei und unabhängigen Gruppen immer mehr zu. In einigen Umfragen war ihre Kampagne „Yes Scotland“ fast gleichauf mit der No-Kampagne „Better Together“ der Londoner Regierungsparteien – Konservative und Liberaldemokraten – sowie der Labour Party. Die Ernüchterung kam jedoch am Morgen des 19. September. In Glasgow, Schottlands größter Stadt, hatten zwar 53,5 Prozent für die Abspaltung gestimmt und in der



Dr. Hubert Thielicke,
geb. 1949, Politologe,
Mitarbeiter *WeltTrends*.
thielicke@
pr-medienberatung.de

Separatistenhochburg Dundee gar 57 Prozent, in 28 der 32 Wahlkreise lagen aber die Unionisten vorn. Mit 67 Prozent führten sie auf den Orkney-Inseln, auf den Shetlands sowie in den Grenzregionen Dumfries Galloway und Scottish Borders kamen sie auf weit über 60 Prozent. Das Ergebnis von etwa 55 Prozent der Stimmen übertraf sicher ihre eigenen Erwartungen.

Zur Vorgeschichte

Als die englische Königin Elisabeth I. im Jahre 1603 ohne Nachkommen starb, erbte der schottische Herrscher James VI. aufgrund alter verwandtschaftlicher Beziehungen den englischen Thron als James I. Schottland war nun kein unabhängiger Staat mehr, die Außenpolitik wurde in London bestimmt und diente englischen Interessen.¹ Nach mehr als einem Jahrhundert wurde die Personalunion der beiden Königreiche 1707 in eine politische Union umgewandelt. Dem ging mit dem Alien Act von 1705 eine ökonomische Erpressung voraus: Das englische Unterhaus drohte Schottland, die Importe wichtiger Güter einzustellen, wenn es nicht zur Union käme.² Die Jakobiten-Aufstände in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurden von englischen Truppen blutig niedergeschlagen und Schottland fest ins Königreich Großbritannien eingebunden. Der ökonomische Erfolg im Empire des 19. Jahrhunderts machte die Union wirklich stabil.

Das änderte sich nach dem Zweiten Weltkrieg. Die 1934 gegründete SNP hatte sich das Ziel der Autonomie in inneren Angelegenheiten auf die Fahnen geschrieben. Zunehmenden Einfluss gewann sie ab den 1960er Jahren. Eine wichtige Rolle spielten dabei zwei Kampagnen: Als die britische Regierung 1960 erklärte, Atom-U-Boote in Schottland zu stationieren, sprach sich die SNP dagegen aus. Einige Jahre später beanspruchte sie die gerade in der benachbarten Nordsee erschlossenen Erdöllagerstätten: „It’s Scotland’s Oil“. Beide Aktionen fanden bei der Bevölkerung großen Anklang, wie auch die generelle Ausrichtung der SNP auf einen „sozial geprägten Nationalismus“.

Angesichts der verheerenden sozialen und ökonomischen Folgen der Thatcher-Regierungsjahre verloren die Konservativen

1 Vgl. Devine, T. M.: *The Scottish Nation, A Modern History*. Penguin Books, London 2012, S. xxii.

2 Vgl. ebd., S. 3.

zunehmend an Einfluss in Schottland. Das von allen Parteien außer den Konservativen unterstützte Dezentralisierungsreferendum von 1997 führte zur Einsetzung eines schottischen Parlaments, das eine schottische Regierung wählt, geführt von einem Ersten Minister. Diese Autonomieorgane entscheiden über alle Angelegenheiten Schottlands außer über zentrale Fragen wie Steuern, soziale Sicherheit, Verteidigung und internationale Beziehungen. Als stärkste Partei löste die SNP 2007 die Labour Party ab und bildete eine Minderheitsregierung unter Alex Salmond. Ihr Vorschlag für ein Unabhängigkeitsreferendum fand 2009 zunächst keine Zustimmung. Das änderte sich mit den Wahlen von 2011, in denen die SNP 69 der 129 Sitze des schottischen Parlaments gewann.

Das Referendum

Im Abkommen von Edinburgh vereinbarten die britische und die schottische Regierung 2012 die Abhaltung eines Unabhängigkeitsreferendums, das lediglich eine Frage enthalten sollte. In kluger Voraussicht des Interesses großer Bevölkerungsteile an maximaler Autonomie hatte Alex Salmond in den Verhandlungen neben der Frage nach der Unabhängigkeit eine zweite vorgeschlagen: ob Schottland mehr Autonomie erhalten solle. Das lehnte Premierminister Cameron ab.³ Die Details legte das schottische Parlament ein Jahr später im Scottish Independence Referendum Bill fest. Danach sollte die Frage lauten: „Should Scotland be an independent country?“

Im November 2013 veröffentlichte die schottische Regierung mit dem Weißbuch „Scotland’s Future“⁴ ein umfangreiches Manifest zur Unabhängigkeit. Die Queen solle Staatsoberhaupt bleiben, das Pfund beibehalten werden. Ziel sei ein moderner europäischer Staat, der über seine umfangreichen natürlichen Ressourcen selbst verfüge. Er werde Mitglied der EU und des westlichen Verteidigungsbündnisses bleiben. Die mit nuklearen Trident-Raketen bestückten U-Boote sollten jedoch aus Schottland abgezogen werden. Im Falle der Zustimmung werde Schottland am 24. März 2016 unabhängig. In diesem Prozess

3 Vgl. Second Question will Kill Independence: Moore, The Journal Online, 18.09.2012, <http://www.journalonline.co.uk> (abgerufen am 21.09.2014).

4 The Scottish Government: Scotland’s Future, Your Guide to an Independent Scotland, November 2013. <http://www.scotland.gov.uk/resource/0043/00439021.pdf> (abgerufen am 27.09.2014).

sollte auch die erste schriftliche schottische Verfassung angenommen werden. Am 16. Juni 2014 legte die Regierung einen Verfassungsentwurf⁵ vor, der in Artikel 2 das schottische Volk als Souverän definiert.

In diesen Dokumenten wie auch der gesamten Yes-Kampagne kam zum Ausdruck, dass es den Unabhängigkeitsbefürwortern nicht nur um nationale Emotionen und die Verfügung über die eigenen wirtschaftlichen Ressourcen geht, sondern dass auch soziale und politische Befindlichkeiten eine große Rolle spielen. Viele Schotten fühlen sich durch die konservativ-liberale Westminster-Regierung nicht vertreten, kritisieren ihre neoliberale und euroskeptische Haltung. Sie bevorzugen eher einen Sozialdemokratismus skandinavischer Prägung. Mit ihrer Forderung nach einem kernwaffenfreien Schottland steht die SNP der britischen Antikernwaffenkampagne (Campaign for Nuclear Disarmament – CND) nahe, mit der sie seit Jahren kooperiert.

Die Unionisten stellten das Festhalten am Vereinigten Königreich in den Vordergrund, bezeichneten die Ideen der Schottischen Regierung als „Fantasien“ und setzten ihnen ein striktes Nein entgegen. Schottland sei im Hinblick auf Wirtschaft, Währung, Staatsaufbau, Soziales, Verteidigung u. a. nur im Vereinigten Königreich lebensfähig. Als sich in der Schlussphase die Auseinandersetzungen verschärften und der Ausgang auf Messers Schneide zu stehen schien, schaltete London auf Offensive um. Premierminister David Cameron, Vizepremier Nick Clegg, Labour-Chef Ed Miliband und Expremier Gordon Brown heizten bei ihren Auftritten in Schottland die Angstkampagne an. Kurz vor Toresschluss versprachen sie Schottland mehr Autonomierechte, was offensichtlich nicht ohne Wirkung blieb.

Die Folgen

Den Erfolg der No-Kampagne scheinen vor allem drei Argumentationslinien bewirkt zu haben: Erstens würde ein unabhängiges Schottland zum Verlust des Pfundes als gemeinsamer Währung führen, Banken und Wirtschaftsunternehmen würden abwandern, Arbeitsplätze verloren gehen; zweitens wäre die Schaffung eines neuen Staates mit Administration, Verteidigung



Weiterlesen:
Nation sucht Staat
WeltTrends 98

5 The Scottish Government: The Scottish Independence Bill, A Consultation on an Interim Constitution for Scotland, Juni 2014. <http://www.scotland.gov.uk/Resource/0045/00452762.pdf> (abgerufen am 27.09.2014).

und anderen Einrichtungen ein langwieriger und teurer Prozess; drittens würde die Abspaltung von Großbritannien zum automatischen Ausscheiden aus der EU führen, während der Neubeitritt lange dauern könnte bzw. überhaupt nicht sicher sei. Mit dem Slogan „Keine Experimente“ schürten die großen britischen Medien die Angst, während unabhängige Onlinemedien sowie lokale Blätter „Yes“ befürworteten.

Alex Salmond und die Yes-Kampagne haben zwar das Referendum verloren, aber eine Debatte über die Zukunft Schottlands und des gesamten Vereinigten Königreichs angestoßen. Die Folgen zeichnen sich schon ab. Schottland erhält mehr Autonomie, die Unabhängigkeitsdebatte wird zudem weitergehen. So erklärte Salmond in seiner ersten Stellungnahme nach dem Referendum, die Mehrheit in Schottland habe entschieden, nicht „in diesem Stadium“ („at this stage“) ein unabhängiges Land zu werden.⁶ Sollte David Cameron im kommenden Jahr die Wahlen gewinnen, will er 2017 ein Referendum zur EU-Mitgliedschaft abhalten. Ein britisches Mehrheitsvotum für einen EU-Austritt, was angesichts der Stimmungslage in England möglich ist, würde jedoch die europafreundlichen Schotten zu neuen Aktionen veranlassen. Damit steckt Cameron in der Zwickmühle zwischen UKIP (United Kingdom Independence Party) und SNP.



Weiterlesen:

K. Stolz,

Scotland Europa: Akteur
einer staatenlosen Nation?

WeltTrends 12


Zu erwarten ist eine Umgestaltung des gesamten Vereinigten Königreiches im Sinne einer stärkeren Föderalisierung. Neben neuen Rechten für Schottland, Wales und Nordirland könnte es dann auch regionale Vertretungen für England geben.

Der Separatismus in anderen europäischen Ländern erhält weiteren Auftrieb. Bereits am Tage nach dem schottischen Referendum nahm das katalanische Parlament mit großer Mehrheit ein Gesetz über ein Unabhängigkeitsreferendum am 9. November an. Während die Madrider Regierung das nach wie vor strikt ablehnt, haben am 11. September in Barcelona weit über eine Millionen Menschen für einen souveränen Staat Katalonien demonstriert.

Der Ausgang des Referendums rückt allerdings zwei Ziele der SNP in die Ferne: internationale Angelegenheiten und Abzug der in Faslane bei Glasgow stationierten britischen

6 Vgl. First Minister on Referendum Outcome, 19.09.2014. www.scotreferendum.com/2014/09/first-minister-on-referendum-outcome (abgerufen am 21.09.2014).

Trident-U-Boote. Nur zu verständlich also, dass man in Brüssel erleichtert reagierte. Immerhin hatte sich EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso – eine „Kettenreaktion“ in anderen EU-Staaten wie Spanien, Belgien oder Italien vor Augen – massiv in die Auseinandersetzungen eingemischt und die Schotten vor dem Verlust der EU-Mitgliedschaft gewarnt. NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen betonte am 19. September erfreut die Rolle Großbritanniens als ein „führendes NATO-Land“.⁷

Seine Yes-Kampagne habe zwar das Referendum verloren, aber Nationalistenchef Alex Salmond sei „der Sieger des Tages“, folgerte *Spiegel Online*. Er habe die britische Regierung dazu gebracht, weitere Kompetenzen nach Edinburgh abzugeben. Sein politisches Talent werde „zähneknirschend auch in London anerkannt“.⁸ Immerhin gilt er vielen politischen Beobachtern als derzeit fähigster Politiker in Großbritannien. Er hat die SNP zu einer starken Partei gemacht, sodass sie schließlich 2011 die absolute Mehrheit im schottischen Parlament gewinnen und das Referendum durchsetzen konnte. Nach dem Referendum plädierte er für Versöhnung und betonte den Sieg der Demokratie; immerhin sei die Wahlbeteiligung weltweit eine der höchsten überhaupt gewesen. Zugleich erklärte er, dass nun eine neue Führung den Prozess voranbringen solle. Er werde nicht mehr für den Parteivorsitz kandidieren und auch den Posten als Erster Minister niederlegen.⁹ In beiden Positionen folgt ihm seine bisherige Stellvertreterin in Partei und Regierung, Nicola Sturgeon. Die neue SNP-Leitung wird sich auf ein erstarkendes Potenzial stützen können. In den beiden Wochen vom Referendum bis Anfang Oktober wuchs die Mitgliedschaft der Partei von 25.000 auf über 75.000. Die SNP ist damit nach Labour (190.000) und Konservativen (134.000) die drittstärkste Partei Großbritanniens. In Schottland kommen die beiden letzteren zusammen mit den Liberaldemokraten auf etwa 28.000 Mitglieder.¹⁰ 

7 Statement by the NATO Secretary General on the Referendum in Scotland, 19.09.2014. www.nato.int (abgerufen am 21.09.2014).

8 Volkery, Carsten: Schottlands Nein zur Unabhängigkeit, Neustart für Großbritannien, 19.09.2014. www.spiegel.de (abgerufen am 21.09.2014).

9 Vgl. Chakelian, Anosh: Alex Salmond will Step Down as SNP Leader and Scotland's First Minister, 19.09.2014. <http://www.newstatesman.com> (abgerufen am 21.09.2014).

10 Vgl. Ramsay, Adam: A quick note on party memberships in the UK, <https://www.opendemocracy.net/ourkingdom/adam-ramsay/quick-note-on-party-memberships-in-uk> (abgerufen am 03.10.14).